

Günter E. V ö l k e r

**26419 Schortens-Sillenstede, 16.03.2004
Osterpiep 4**

**Herrn
stellvertr. Chefredakteur
Gunars Reichenbachs
Nordwestzeitung
Peterstraße 28
26121 Oldenburg**

**Offener Brief
Nordwest-Zeitung**

Betr.: Berichterstattung zu Sozial- u. Steuerreformen

hier: Verelendung Staat und Bevölkerung

Bezug:

**Meine Mitteilung vom 11.3.2004 über Schwindel u. Netzwerke
(IWG,DIA,Stiftung für die Deutsche Wissenschaft)**

Unser fernmündliches Gespräch vom 16.03.2004 -11,47h

Anlage: -----

Verehrter Herr Reichenbachs,

ich komme auf unser o.a. fernmündliches Gespräch zurück und darf zum Gebrauch in der Öffentlichkeit festhalten:

Die Nordwestzeitung(NWZ) ist in vollem Besitz aller nachprüfbaren Fakten, die für eine systematische Zerstörung des Sozialstaates sprechen (Anlagen zu o.a Bezug zu a). Es wird festgehalten, daß Sie die Öffentlichkeit davon nicht unterrichten wollen mit der Begründung, da seien " einige Fragezeichen", ohne zu sagen, was das für Fragezeichen sind, und welche Fakten sie betreffen. Ihnen ist eindringlich dargelegt worden, daß Sie einseitig nur in Richtung "die Reformen müßten sein" im Sinne von Miegel/Biedenkopf genau und durchgängig nur diesem Kreis in Ihrem Blatt ein Meinungsäußerungs-Forum durch Interviews und teils großformatigen Aufmachungen zur Verfügung stellen (Miegel/Biedenkopf, Norbert Walter von der Deutschen Bank etc. etc.) Ihr Einwand, Sie würden ausgewogen berichten, dürfte schlicht unrichtig sein. An keiner Stelle kann bisher gesehen werden, wo Sie einer Stimme Raum gegeben hätten, welche den syndikalen Charakter der Reformabsichten in Erwägung gezogen haben würde. Damit wir uns richtig verstehen, lieber Herr Reichenbachs: Sie lassen zwar kritische Aussagen zu den Modalitäten der jeweils vorgenommenen Schritte zur Verelendung des Gemeinwesens und der "Ausplünderung unter dem Schlagwort Reformen" zu, nicht aber Infragestellungen der Reformnotwendigkeit als solcher, und schon gar nicht der von Herrn Prof. Miegel selbst und seinen Hintermännern ganz unverfroren geforderte Abschaffung der sozialen und paritätisch geordneten Sozialsysteme.

Und um auch hier keine Irrtümer aufkommen zu lassen, verehrter Herr Reichenbachs: Es geht hier nicht darum, welcher Meinung Sie sind, und was Sie glauben oder nicht. Ihrer eigenen Wertung und Meinung zu gegebenen Fakten können Sie sehr wohl in jeder erdenklichen Weise im Blatt Ausdruck verleihen, wenn Sie diese als solche auch klar erkennbar lassen. Berichterstattung im Interesse der Öffentlichkeit ist jedoch etwas anderes. Hier haben Sie die objektiv vorliegenden Fakten ausgewogen vorzutragen, damit sich die betroffene und/oder interessierte Öffentlichkeit selbst eine sachgerechte Meinung bilden kann, nur, und nur darauf, beruht ohne weitere Diskussion der besondere, durch Verfassung garantierte Schutz der Pressefreiheit. Ich brauche Ihnen das als stellvertretendem Chefredakteur eines solch renommierten Blattes wie der Nordwestzeitung in Oldenburg nicht weiter zu erläutern. Daß Sie unter wenig überzeugenden Vorwänden nicht über die Ihnen zugänglich gemachten Fakten zur Begründung dafür, weshalb die gesamten "Reformen" lediglich als Vorwand für die Miegelschen Absichten, auf konzernfinanzierter Basis die Sozialsysteme zu zerstören, berichten, stellt insoweit einen Beitrag zur Zerstörung des Sozialstaates (Sozialstaatspostulat Art. 20 GG) dar und somit einen Beitrag der Nordwestzeitung in Oldenburg unter dem stellvertretenden Chefredakteur Gunnars Reichenbachs zum "Umsturz durch Einsturz", wie sich dies schlüssig dem unvoreingenommenen Betrachter der Gesamtsituation zeigen dürfte. Ihr Verschulden liegt nicht zuletzt darin, mit dazu beizutragen, jegliche öffentliche offene Diskussion in vorgenanntem Sinne zu verhindern.

Wir wollen diesmal in Ansehung des Schicksals unserer Eltern und Großeltern und in Verantwortung vor unseren Kindern und Enkeln in Erinnerung an die Katastrophen von 1929/31 und die Vorgänge danach rechtzeitig, und vor allem couragiert, als verständige Staatsbürger den sich anbahnenden Verbrechen gegen unser Gemeinwesen und seine Menschen Gesicht und Kontur verleihen, um nicht erneut hinterher die Verantwortlichen suchen zu müssen, die es dann wieder alle "nicht gewußt", und schon gar nicht "getan" haben. Sie werden es mir nachsehen, werter Herr Reichenbachs, von den Miegels, Biedenkopfs, Kirchhofs, Rogowskis, Hundts, Henkels, Herzogs, Kohls, Schröders Merzens, Waigels, Schäubles, Riesters, Gersters, Brauns, Walters, Ackermanns, Lehmanns, Hubers, Kieps, erwarten wir das nicht so ohne weiteres.

Sie werden diesmal nicht auf ewig eine korrigierende Berichterstattung unterdrücken können, es sei denn, die entsprechenden Hintergrundkreise (in den höheren Etagen weiter westlich) schaffen es noch rechtzeitig, genügend Terror auf uns loszulassen, um unter diesem Vorwand dann gemäß dem Herrn, der ebenmal weiße Couverts mit 100.000,- DM entgegennimmt und einfach so weitergibt (kann schließlich jedem mal passieren, daß irgendwer vorbeikommt und einfach 100.000,-DM abgibt, unverständlicherweise passiert solches der Friseurin aus Castrop-Rauxel (800€mtl.) allerdings relativ selten) die Bundeswehr als Polizei im Landesinnern gegen uns (Pardon, die Terroristen natürlich) in Marsch zu setzen . Dafür erhält aber Ihr Herr Prof. Miegel im Jahr geringfügige 6.000.000,- (6 Mill.) Euro =12 Mill. Mark von "Leuten", die er "nicht nennt", für das Betreiben eines "Bürgerkonvents." Herr Miegel darf dann über die ARD, dessen Intendant wiederum der Herr Parteigenosse Jobst Plog ist, welcher seinerseits als Aufsichtsratsmitglied im Zeitungskonzern Madsack in

Hannover fungiert, welcher nun seinerseits wiederum zu Teilen im Eigentum seiner Genossen, nämlich der SPD, steht, für die private Einzahlung zur Riesterrente trommeln, an der dann wiederum die SPD-eigene Holding "DDVG" verdient, weshalb es zur Abschaffung (Codewort: Umbau= Umreißen)der Solidarsysteme unisono in allen Zeitungen "keine Alternativ" gib (publizistische Gleichschaltung der Medien als Vorstufe diktatorischer Entwicklungen, diesmal nicht durch Nazis oder Kommunisten, sondern durch Sozis und Christen offenbar).

Sie sehen also, lieber Herr Reichenbachs, wie wichtig es ist, die Reformen "ohne Alternative" durchzuputschen, denn schließlich haben einige Herren nach Schätzung der Finanzbehörden lediglich "ein paar mickrige 130 Milliarden" Schwarzgeld auf ihren Schwarzkonten im Ausland deponiert, Steuern, die sie hier offenbar "zuviel gezahlt" haben müssen, und die "Leute", die Herrn Miegel mit 6 Mill. €jährlich finanzieren, wollen schließlich auch ihre "mäßige Beute" nach Hause tragen, sehr bescheiden um´s x-fache fürs Nichtstun vermehrt, versteht sich, und die hegen dann auch überhaupt keinen "Sozialneid" gegenüber den Arbeitslosen, weshalb man nun schneidig den fleißigen, jedoch "wirtschaftsruinierend" schwarz arbeitenden "Putzfrauen" ans Leibchen gehen muß, denn es ist zwanglos einsehbar: 130 Milliarden Schwarzgeld sind nicht so sehr der Rede wert, aber eine "schwarze Putzfrau für 6 Euro/Std"....., ein Verbrechen...! Und deshalb ist klar: Reformen sind "ohne Alternative" notwendig, und die NWZ hat da offenbar keine Fragezeichen. Die Leser werden es möglicherweise irgendwann erfahren....

Mit freundlichen Grüßen

Günter E.Völker

Weitere Infos unter: www.bohrwurm.net